

Antrag der Fraktion DIE LINKE**Bremen braucht eine „Kompetenzstelle Bauvorhaben“ zur Planung und Kontrolle öffentlicher Bauten**

Öffentliche Bauvorhaben sind in den letzten Jahren häufig mit Bauverzögerungen und Kostensteigerungen in die Schlagzeilen geraten. Dies gilt insbesondere für Großprojekte. Auch auf Bremer Landesebene gibt es mit dem Teilersatzneubau des Klinikums Bremen-Mitte, aber auch den Schwierigkeiten beim Umbau des Deutschen Schifffahrtsmuseums aktuelle Beispiele für die Probleme, komplexe und umfangreichere Bauprojekte innerhalb des ursprünglich geplanten Zeit- und Kostenrahmens umzusetzen. Dabei mag es eine Rolle spielen, dass öffentliche Bauvorhaben häufig von vornherein mit einem zu niedrigen Kostenansatz geplant werden, um diese Vorhaben politisch durchsetzbar zu machen. Dies ist aber nicht die einzige Ursache.

Ein zentraler Grund für die benannten Probleme ist es, dass in den letzten 20 Jahren in Bremen wie auch in vielen anderen Städten und Bundesländern die Kompetenz und der Sachverstand in der öffentlichen Verwaltung zur Durchführung öffentlicher Bauvorhaben massiv abgebaut wurden und verpflichtende Verfahren der Einbeziehung zentraler öffentlicher Kompetenz abgeschafft wurden. Bis 1994 existierte in Bremen das „Hochbauamt“, welches öffentliche Bauten für alle bremischen Ressorts plante und durchführte. Dies wurde aufgrund von Vorschlägen der McKinsey-Unternehmensberatung in einen Eigenbetrieb und mehrere GmbHs zerschlagen, um ganz im Geist der neoliberalen Neunzigerjahre im Wind der rauen Wirtschaftsluft zu lukrativen Unternehmen heranzureifen – allerdings erfolglos. Bis 2003 wurden die verschiedenen Unternehmen wieder unter dem Dach von „Gebäude-Technik-Management“ und der Immobiliengesellschaft GBI vereinigt, die dann zur „Immobilien Bremen“ zusammengefasst wurde. Diese hat jedoch wesentlich beschränktere Aufgaben als das ehemalige Hochbauamt – sie versorgt die Gebäude in öffentlicher Hand, ist jedoch nicht mehr der obligatorische Ansprechpartner für Neubauvorhaben oder Umbauten in anderen Ressorts.

Hinter dieser nicht auf Bremen beschränkten Entwicklung stand die Ideologie des „Outsourcens“: Wenn man Bausachverstand braucht, kauft man ihn von Fall zu Fall ein. Damit sind jedoch massive Probleme vorprogrammiert. Zur erfolgreichen und rationellen Planung und Durchführung von Bauprojekten, auch öffentlichen, ist es unabdingbar, dass der Bauherr genügend eigenen Sachverstand einbringen kann, um seine Anforderungen exakt zu bestimmen und die Ausführung kompetent zu überwachen. Fehlt einem Bauherrn diese Qualifikation, befindet er sich in der Hand von Architekten, Generalplanern und Subunternehmen und kann nur hoffen, dass diese schon alles richtig machen mögen. Fehlentwicklungen können erst dann als solche erkannt werden, wenn sich ernsthafte und unabweisbare Probleme auftun, deren Behebung dann unverhältnismäßig teuer und aufwendig wird. Die Abhängigkeit vom „externen Sachverstand“ führt dazu, dass selbst bei unsachgemäßer und vertragswidriger Ausführung der Aufträge eine Kündigung und Neuvergabe ebenfalls mit erheblichen Nachteilen verbunden ist.

Daher ist es sinnvoll und notwendig, eine „Kompetenzstelle Bauvorhaben“ einzurichten, in der gebündeltes Fachwissen zur Bauplanung inklusive gesetzlicher Vorschriften und zur Bauüberwachung für alle Ressorts, Eigenbetriebe und öffentliche Unternehmen wie die Gesundheit Nord (GeNo) bereitgestellt wird. Diese Kompetenzstelle könnte z. B. als eine Abteilung der „Immobilien Bremen“ eingerichtet werden. Die Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter in dieser Abteilung sollen fachlich in der Lage sein,

komplexe Bauplanungen durchzuführen, Vergaberichtlinien zu verwirklichen, Projektmanagement zu betreiben und als Bauherrenstellvertreter wirksam zu werden. Für Großprojekte ist anzustreben, dass einzelne Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter während der Projektdauer an die jeweiligen Ressorts bzw. Betriebe delegiert werden. Verbunden mit der Einrichtung dieser Abteilung soll die Auflage sein, dass die anderen Ressorts bei Vorhaben, die bauliche Veränderungen, Neubauten oder Umbauten beinhalten, obligatorisch die Kompetenzstelle zu Rate ziehen müssen. Diese Kompetenzstelle ist mit ausreichenden Personalmitteln auszustatten, um kompetente Fachfrauen und Fachmänner anzuwerben, die die bremischen Interessen auch bei komplexen Bauvorhaben erfolgreich vertreten. Die Ausgaben für eine solche Kompetenzstelle sind gut angelegt: sie hätte in der jüngeren Vergangenheit bereits viele Millionen Euro einsparen können, wenn es sie gegeben hätte.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine „Kompetenzstelle Bauvorhaben“ einzurichten, die als Dienstleistung für bremische Ressorts, Eigenbetriebe und Unternehmungen Bauplanung und Bauherrenstellvertretung sowie Projektmanagement und Beratung in Bauvorhaben bereitstellt.
2. Diese Kompetenzstelle ist mit ausreichenden Finanzmitteln auszustatten, um geeignete und kompetente Fachfrauen und Fachmänner anzuwerben.
3. Die bremischen Ressorts, Eigenbetriebe und Unternehmen werden verpflichtet, die Beratung der Kompetenzstelle bei allen Vorhaben in Anspruch zu nehmen, die Umbauten oder Neubauten beinhalten oder nach sich ziehen,
4. Die Effektivität und Qualität der angebotenen Dienstleistungen sind in regelmäßigen Abständen extern zu evaluieren.

Klaus-Rainer Rupp,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE